

Informationen

Editorial

Im vergangenen Jahr fällte der Europäische Gerichtshof ein folgenschweres Urteil für deutsche Apotheken: Arzneimittelversandhändler mit Sitz im EU-Ausland müssen sich nicht an die hierzulande geltende Preisverordnung halten, wenn sie rezeptpflichtige Medikamente nach Deutschland schicken. Für deutsche Apotheken ist die Regelung, wonach verschreibungspflichtige Arzneimittel nach einheitlicher Preisbildung abzugeben sind, jedoch nach wie vor gültig. Sinn der Arzneimittelpreisverordnung ist, allen Patienten – unabhängig vom Geldbeutel – gleichen Zugang zu Arzneimitteln zu gewährleisten. Außerdem soll ein ruinöser Preiswettbewerb verhindert werden, um so die flächendeckende Versorgung mit Arzneimitteln zu sichern. Wer im Ausland sitzt und Arzneimittel per Post verschickt, stellt keine Rezepturmittel her, kann kein dringendes Rezept in kürzester Zeit bedienen, keinem Patienten die Anwendung eines Asthmasprays demonstrieren. Die Apotheke vor Ort bietet all das. Jede Nacht, jeden Sonntag und Feiertag sind 1.300 Apotheken bundesweit erreichbar. 20.000 Menschen werden jede Nacht im Notdienst versorgt – vor allem Familien mit Kindern. Jeden Tag erhalten 250.000 von der Apotheke ihre Medikamente am häuslichen Krankenbett. Deswegen geht die Vorstellung, man bräuchte den Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln, um die Versorgung vor Ort zu verbessern, komplett an der Realität vorbei. ●



Josef Kammermeier,
Vizepräsident des
Verbandes Freier Berufe
in Bayern

Politischer Streit um ein Verbot des Versandhandels von rezeptpflichtigen Arzneimitteln

Klarer Auftrag an die Politik: Wohnortnahe Apotheke erhalten

Wie soll es mit dem Versandhandel von rezeptpflichtigen Arzneimitteln in Deutschland nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes künftig weitergehen? Nachdem in Deutschland weiterhin die Arzneimittelpreisbindung für hiesige Apotheken gilt, fürchten Apotheker und die Berufsorganisationen der Freien Berufe massive Wettbewerbsnachteile und fordern ein Verbot des Versandhandels. Die Politik ist sich nicht einig.



Apotheken sind auch nachts mit ihrem Notdienst für Patienten da.

Josef Kammermeier, stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Apothekerverbandes und Vizepräsident des Verbandes Freier Berufe in Bayern: »Intensiv wurde bislang die Diskussion geführt, den Versandhandel in Deutschland zu verbieten – so wie in dreiviertel der EU-Staaten auch. Nicht, um die Online-Konkurrenz loszuwerden, sondern um einen Systembruch aufzuhalten. Wohlgemerkt: Der Versand von rezeptfreien Medikamenten bliebe weiterhin erlaubt.«

Mittlerweile haben sich in Bayern schon mehr als 220.000 Menschen mit ihrer Unterschrift für den Erhalt und

Schutz der wohnortnahen Apotheken zwischen Aschaffenburg und Garmisch-Partenkirchen ausgesprochen. An der Unterschriftenaktion »Gesundheitssystem in Gefahr«, die zwischen Weihnachten und Ende Februar als Teil einer

Zitat

»Die Freien Berufe sind keine Verkäufer, sondern Versorger. Und Berufsregeln sind kein Selbstzweck, sondern dienen dem Verbraucherschutz. Und dafür setzen wir uns ein.«

Dr. Stephanie Bauer,
Hauptgeschäftsführerin des
Bundesverbandes Freier Berufe.

bundesweiten Aktion lief, haben mehr als 1.100 Apotheken aus Bayern teilgenommen. *Thomas Benkert*, Präsident der bayerischen Landesapothekerkammer, wertet die Aktion als klares Signal: »Wenn mehr als 220.000 Bürger mit ihrer Unterschrift eine sozial gerechte und wohnortnahe Arzneimittelversorgung für die Zukunft einfordern, dann ist das ein klarer Auftrag in Richtung Politik, zu handeln. Und zu handeln heißt in diesem Fall: den Versand von Arzneimitteln auf den Bereich nicht verschreibungspflichtiger Arzneimittel zurückzuführen und das entsprechende Gesetz zügig zu verabschieden.«

Auch in anderen Freiberufler-Verbänden hat sich breiter Rückhalt für die Apothekerschaft herauskristallisiert. In Bayern etwa bezogen der Verband Freier Berufe, die Kassenärztliche Vereinigung und die Kassenzahnärztliche Vereinigung sowie der Diabetikerbund Bayern e.V. Stellung pro öffentliche Apotheke.

Sehr kontrovers setzten sich hingegen die politischen Parteien mit dem Thema auseinander: Bereits am Tag nach dem Urteil erklärte die bayerischen Gesundheitsministerin *Melanie Huml* (CSU), man brauche die Apotheken vor Ort auch künftig für eine flächendeckende Arzneimittelversorgung. Deshalb werde Bayern eine Bundesratsinitiative zum Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln starten. Ende des vergangenen Jahres hat die Länderkammer mit

knapper Mehrheit dem Antrag Bayerns dann auch zugestimmt.

Auch Bundesgesundheitsminister *Hermann Gröhe* (CDU) plant, den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln zu verbieten. Mit seinem Gesetzesentwurf will Gröhe nach eigenen Angaben erreichen, dass bei der Abgabe von rezeptpflichtigen Medikamenten in Deutschland wieder einheitlich der Apothekenabgabepreis und die darauf aufbauenden Zahlungsregelungen gelten.

Der Koalitionspartner SPD ging jedoch auf Konfrontationskurs, namentlich durch den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, *Karl Lauterbach*. Den Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln zu verbieten, sei falsch. Gerade für chronisch kranke Menschen in strukturschwachen Gebieten sei es unzumutbar, ihnen diesen einfachen Weg der Arzneimittelversorgung abzuschneiden, argumentierte Lauterbach in einer Pressemitteilung. Auch das SPD-geführte Justizministerium hat verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Gesetzesentwurf, der deshalb wohl nicht mehr in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird.

Uneinheitlich zeigten sich auch die Oppositionsparteien. Unterstützung erfuhr Gröhes Gesetzesvorhaben von Der Linken. Damit sei ein wichtiger Schritt zur Sicherstellung der wohnortnahen und qualitätsgesicherten Apothekenversorgung getan, ließ die

gesundheitspolitische Sprecherin *Kathrin Vogler* wissen.

Am Versand festhalten wollen hingegen Bündnis 90/Die Grünen. Versandapotheken bedienten bestehende Verbraucherinteressen. Sie seien ein wichtiger Bestandteil der Gesundheitsversorgung. Es müsse sichergestellt sein, dass die Wahlfreiheit der Patienten nicht eingeschränkt werde.

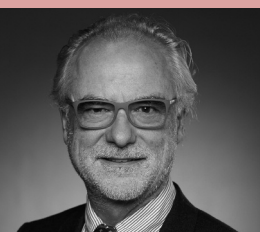
Interessant ist noch der Blick auf zwei Parteien, die nicht im Bundestag vertreten sind. Sprach sich der bayerische FDP-Landesvorsitzende *Albert Duin* zunächst öffentlich noch für ein – zumindest vorübergehendes – Versandverbot aus, so konterkarierte dies der Bundesvorsitzende *Christian Lindner* in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.11.2016: »Es muss Wettbewerb unterschiedlicher Angebote geben. Es wäre falsch, die Apotheken unter Naturschutz zu stellen und den Versandhandel zu verbieten.« Der FDP-Landesvorstand in Bayern zog gleich, und lehnte im Dezember 2016 ein Versandverbot ebenfalls ab.

Die Landtagsfraktion der Freien Wähler hingegen begrüßte den Gesetzesentwurf Gröhes. Für die Menschen in Bayern habe die Sicherstellung der Versorgung mit Arzneimitteln und erforderliche kompetente Beratung oberste Priorität, hieß es in einer Pressemitteilung. Das könne nur eine niedergelassene Apotheke leisten, nicht aber der Versandhandel. ●

VFB-Delegiertenversammlung bestimmt Gremienvertreter

Alle Kandidaten einstimmig gewählt

Große Einigkeit bei der Delegiertenversammlung des Verbandes Freier Berufe in Bayern: Alle vom Präsidium vorgeschlagenen Kandidaten sind einstimmig als Vertreter der Freien Berufe in die zur Besetzung anstehenden Gremien geschickt worden.



Michael Schwarz,
Präsident des Verbandes
Freier Berufe in Bayern

So vertritt der neue Präsident *Michael Schwarz* den Verband Freier Berufe künftig im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks. VFB-Vizepräsident *Dr. Thomas Kuhn* ist für den Medienrat der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien gewählt. Für den Landesplanungsbeirat beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat haben die Delegierten Vizepräsident *Karlheinz*

Beer bestimmt. Stellvertreter Beers ist der Diplomingenieur *Dietrich Oehmke* vom Verband Beratender Ingenieure VBI. In den Beirat der Akademie für Politische Bildung Tutzing entsendet der Verband Vizepräsident *Josef Kammermeier*. Im Ausschuss Medienwirtschaft der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) vertritt Vizepräsident *Alexander Lyssoudis* den Verband Freier Berufe in Bayern. ●

Mit der Staatsregierung für den Erhalt bewährter bayerischer Strukturen

Mit Antrittsbesuchen bei Justizminister Prof. Winfried Bausback, bei Umweltministerin Ulrike Scharf und bei Gesundheitsministerin Melanie Huml hat das neue Präsidium des Verbandes Freier Berufe seine Positionen verdeutlicht. Fazit: Der neue VFB-Präsident Michael Schwarz kann bei einigen Themen mit der Unterstützung der bayerischen Staatsregierung rechnen.



Sensibilisiert für die Problematik der Deregulierung durch das VFB-Präsidium: Umweltministerin Ulrike Scharf (Mitte) mit Dr. Thomas Kuhn, Michael Schwarz, Karlheinz Beer und VFB-Geschäftsführerin Julia Maßmann.



Steht hinter dem Gedanken der Selbstverwaltung: Gesundheitsministerin Melanie Huml mit den VFB-Präsidiumsmitgliedern Josef Kammermeier, Dr. Bruno Waldvogel, Michael Schwarz und Rüdiger von Esebeck (v.l.).

Beim Treffen mit Justizminister Bausback kam unter anderem das Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof wegen der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) zur Sprache. VFB-Vizepräsident Karlheinz Beer warnte davor, dass eine Abschaffung der HOAI das Berufsbild der Architekten maßgeblich verändern werde. Kleine Büros würden in einen Preiswettbewerb getrieben, den sie nur verlieren könnten. Die Industrie warte nur darauf, in den Markt zu drängen. Minister Bausback sagte, die Staatsregierung stehe hier auf der Seite der Architekten und trete für Qualitätssicherung ein. Die Klage der EU sei aber noch nicht eingereicht.

Im Gespräch mit Umweltministerin Ulrike Scharf ging VFB-Präsident Michael Schwarz auf die Gefahr ein, dass aus Unkenntnis und fehlendem Verständnis für freiberufliche Strukturen bewährte Errungenschaften einem Deregulierungswahn geopfert würden. Vizepräsident Dr. Thomas Kuhn veranschaulichte am Beispiel der Anwaltschaft in Großbritannien die Gefahren der Deregulierung. Die Aufhebung der Gebührenord-

nungen für Rechtsanwälte und Steuerberater hätte dort keineswegs zu einer Vergünstigung der Rechtsdienstleistungen für die Verbraucher geführt. »Im Gegenteil: Der kleine Mann wartet in England heute deutlich länger auf einen Termin beim Anwalt oder Steuerberater. Und am Ende zahlt er deutlich mehr als früher.« Ministerin Scharf zeigt sich dankbar für die Sensibilisierung seitens des VFB-Präsidiums, sie äußerte ihr Verständnis für die Sorgen des Verbandes und sicherte auch ihre Unterstützung zu.

Auch beim Gesprächstermin mit Gesundheitsministerin Melanie Huml berichtete Präsident Schwarz, dass die Freien Berufe stark mit den Deregulierungsbestrebungen aus der europäischen Kommission zu kämpfen haben. Ministerin Huml erklärte, sie sei für Europa. Jedoch müsse man berücksichtigen, dass Europa nicht überall gleich sei. Wo es gut funktionierende Systeme gebe, sollte man nichts verändern. Sie stehe hinter dem Gedanken der Selbstverwaltung. Staatliche Aufsicht sei zwar nötig, dies habe in Bayern aber immer gut funktioniert. ●



Die Staatsregierung steht für Qualitätssicherung: Justizminister Prof. Winfried Bausback (Mitte), Klaus von Gaffron, Michael Schwarz, Karlheinz Beer und Dr. Markus Beck.

Kurz gemeldet

Reis-Berkowicz an der Spitze der KBV-Vertreter



● Die Oberfränkin *Dr. Petra Reis-Berkowicz* ist die erste Frau an der Spitze der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. Sie tritt damit die Nachfolge von *Hans-Jochen Weidhaas* an, der nicht mehr kandidiert hatte. Die Hausärztin aus dem oberfränkischen Gefrees ist auch Vorsitzende der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns.

Dr. Wolfgang Krombholz, Hausarzt aus dem Landkreis Erding, ist zum Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns gewählt. Erster stellvertretender Vorstandsvorsitzender bleibt der unterfränkische Augenarzt *Dr. Pedro Schmelz*. Der Vorstand wird komplettiert durch *Dr. Claudia Ritter-Rupp*, niedergelassene Fachärztin für psychosomatische Medizin und Psychotherapie in München.

Krombholz betonte, eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Legislaturperiode werde es sein, den dringend notwendigen Nachwuchs für die Praxen zu gewinnen und damit zukunftsfähig die Sicherstellung mit niedergelassenen Ärzten und Psychotherapeuten im Freistaat zu gewährleisten. Dafür sei es unumgänglich, verstärkte Präsenz in allen Regionen Bayerns zu zeigen und auf die regionalen Bedürfnisse vor Ort einzugehen.

Zehn Jahre Verband der Biologen

● Der Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland (VBIO) kann in diesem Jahr auf sein zehnjähriges Bestehen zurückblicken.

Der Vorsitzende des VBIO-Landesverbandes Bayern und Vorsitzende des Referats Freie Berufe, *Peter Nießlbeck*: »In diesen zehn Jahren konnten wir

Einiges erreichen. Aber noch mehr bleibt zu tun, um die Interessen der Biowissenschaften angemessen zu vertreten. Im Leitbild des Verbandes heißt es: »Unsere Vision ist eine Gesellschaft, die die Bedeutung der Biologie für die Gesundheit des Menschen und die Umwelt erkennt und die dieses Wissen zum Wohle der Menschheit nutzt. Unsere Mission ist es, die Stimme der Biologie in Deutschland zu sein, unsere Mitglieder in ihren Interessen und Belangen zu unterstützen, der Öffentlichkeit Erkenntnisse der Biowissenschaften zu vermitteln und Diskussionen in der Gesellschaft sachlich zu unterstützen und zu fördern.«

Iris Eberl kämpft für die Freien Berufe

● In einer bemerkenswerten Rede vor dem deutschen Bundestag hat die schwäbische CSU-Abgeordnete *Iris Eberl* das Vorhaben der Europäischen Kommission angegriffen, die Verhältnismäßigkeit von Berufsregeln zu überprüfen. »Statt verlorengegangenes Vertrauen der Bürger in die Europäische Union wieder herzustellen, mischt sich die EU permanent und fragwürdig in nationales Recht ein«, sagte Eberl. Eberl prangert an, dass hohes Qualitätsniveau, Patientenschutz, Verbraucherschutz von der Kommission als mögliche Wachstumsbremsen identifiziert würden. »Damit wird die Ökonomie zum einzigen Maßstab für nationales Berufsrecht und dem Pfusch Tür und Tor geöffnet.« Eberl fordert eine schlanke und flexible Europäische Union, die sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert und keinen Superstaat, der sich in alle Belange der Mitgliedstaaten einmischt. Subsidiarität und Solidarität müssten eiserne Grundprinzipien werden.

Mehr Ausbildungsverträge in Freien Berufen

● Das Bundesinstitut für Berufliche Bildung hat die bereinigten Zahlen zum Ausbildungsjahr 2016/2017 veröffentlicht. Bundesweit wurden 520.300 neue Ausbildungsverträge registriert.

Bei den Freien Berufen beträgt die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge

44.562 – nach den Angaben des Instituts ein Plus von 3,3 Prozent. Im gleichen Zeitraum ist lediglich die Zahl der Ausbildungsverträge im öffentlichen Dienst mit 3,9 Prozent stärker gewachsen.

Freie Berufe noch besser als die Wirtschaft

● Die Freien Berufe schätzen ihre Zukunft nach der jüngsten Konjunktumfrage des Bundesverbandes Freier Berufe (BFB) überwiegend als gut oder befriedigend ein. Das schlägt auch auf die Personalplanung durch: Jeder fünfte Freiberufler will binnen der kommenden zwei Jahre weitere Mitarbeiter einstellen. Damit heben sich die Freien Berufe deutlich von der übrigen Wirtschaft ab, weil ihr Geschäftsklima noch besser ausfällt.

BFB-Präsident *Dr. Horst Vinken* kommentiert die Lage: »Die Freien Berufe sind aus sich selbst heraus stark, und zwar nicht trotz, sondern wegen ihres berufsrechtlichen Umfelds. Deshalb die Europäische Kommission in ihren Deregulierungsbestrebungen trotzdem nicht nachlässt, ist ihr Geheimnis.« Für den BFB-Präsidenten wäre viel gewonnen, wenn die europäischen Kritiker die positive Entwicklung bei den deutschen Freiberuflern zur Kenntnis nehmen würden. »Denn unser System hat sich bewährt und funktioniert.«

Termin

● »Die Wahlprüfsteine der Freien Berufe zur Bundestagswahl« ist das Thema des diesjährigen parlamentarischen Abends des Verbandes Freier Berufe in Bayern. Er findet in diesem Jahr am 5. Juli 2017 um 18.30 im Dachgarten des Hotels Bayerischer Hof in München statt.

Tipp

● *Wissenswertes in kompakter Form rund um die Freien Berufe präsentiert eine neue Broschüre des Bundesverbandes Freier Berufe. In der Publikation »Freier Beruf – Nah am Menschen« werden die prägenden Merkmale des Freien Berufs und die daraus resultierenden Anforderungen an die Berufsträger hinsichtlich ihrer persönlichen und fachlichen Qualifikation dargestellt. Die Gestaltungskraft des Freiberuflers, der sein Handeln an Gemeinwohlinteressen ausrichtet, seine Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung und seine gesellschaftliche Verankerung durchziehen die Broschüre als Leitmotiv. Das gemeinsame Werk aller Mitgliedsorganisationen ist beim Bundesverband der Freien Berufe, Reinhardtstraße 34, 10117 Berlin; info@bfb@freie-berufe.de, Telefon 030 2844440 kostenfrei erhältlich.*

Impressum

Ausgabe 2, 18. Jahrgang
ISSN 1438-9320
Herausgeber:
Verband Freier Berufe
in Bayern e.V.
Türkenstraße 55
80799 München
Telefon 089 2723-424
Fax 089 2723-413
info@freieberufe-bayern.de
www.freieberufe-bayern.de
Gestaltungskonzept, Layout:
engelhardt
atelier für gestaltung,
Mühdorf a. Inn
Erscheinungsweise:
vierteljährlich